

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	Datum 01.07.2008
	Schriftführerin Susanne Baran
	Telefon-Nr. <b>02202/14-2558</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 3. Juni 2008</b>
Sitzungsort  Schulzentrum Kleefeld , Im Kleefeld 19, 51467 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr – 18:30 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**  
*Seite A4*
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**  
*Seite A4*
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 08. April 2008 -öffentlicher Teil-**  
*310/2008, Seite A4*
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**  
*Seite A4*
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**  
*Seite A4*
- 6. Entgelteerhöhung Galeriekonzerte**  
*311/2008, Seite A5*

7. **Jahresbericht 2007 Bergischer Löwe**  
*312/2008, Seite A5*
8. **Jahresbericht des Stadtarchivs 2007**  
*313/2008, Seite A7*
9. **Trägerschaft über das außerunterrichtliche Angebot an der städt. Gemeinschaftsgrundschule Refrath**  
*217/2008, Seite A7*
10. **Mittagsverpflegung an städtischen Gymnasien**  
*314/2008, Seite A8*
11. **Umsetzung des Förderprogramms "Investition, Zukunft, Bildung, Betreuung" (IZBB) in Bergisch Gladbach**  
*315/2008, Seite A9*
12. **Ende des Modellvorhabens "Selbstständige Schule"**  
*316/2008, Seite A10*
13. **Änderung der "Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebotes an Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach"**  
*317/2008, Seite A10*
14. **Schulturnhalle an der Gemeinschaftsgrundschule Bensberg, Lehpöhle**  
*318/2008, Seite A11*
15. **Anträge der Fraktionen**  
*Seite A11*
16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite A11*

---

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**  
*Seite B1*
  
2.     **Mitteilungen des Vorsitzenden**  
*Seite B1*
  
3.     **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
*Seite B1*
  
4.     **Besetzung von Funktionsstellen an Schulen**  
*319/2008, Seite B1*
  
5.     **Anträge der Fraktionen**  
*Seite B1*
  
6.     **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite B1*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Die sachkundigen Bürger Herrn Christian Buchen und Herrn Hans-Joachim Tiefenstädter werden von Herrn Dr. Miede in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

<-@

#### 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

<-@

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 08. April 2008 -öffentlicher Teil-

@->

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

#### 4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Die Verwaltung macht keine Mitteilungen.

<-@

6 **Entgelteerhöhung Galeriekonzerte**

@->

Frau Schundau weist darauf hin, dass es sich bei der Erhöhung der Entgelte um eine Erhöhung von 33 % handele, dies sei in ihren Augen zu viel. Die Preiserhöhung könnte sich ja auch dahingehend auswirken, dass die Besucherzahlen weniger würden und dadurch weniger Einnahmen erzielt würden. Herr Dr. Miede entgegnet dem, dass es sich um die erste Erhöhung seit 1992 handele, umgerechnet auf den Zeitraum danach bedeute dies eine jährliche Erhöhung um 0,125 Cent, dies sei vertretbar. Frau Koshofer erklärt, dass die FDP mit der Erhöhung einverstanden sein, die Musikschule habe diese Entscheidung sicher nicht leichtfertig getroffen. Sie möchte außerdem wissen, an wen die Künstlerhonorare gezahlt werden. Herr Herweg erläutert, dass es sich bei den Künstlern hauptsächlich um Künstler aus der Region handele, die für die Konzerte verpflichtet würden. Man habe festgestellt, dass eine Erhöhung der Honorare notwendig sei, um weiterhin ein hochwertiges Programm bieten zu können. Frau Lehnert erkundigt sich nach den Zukunftsperspektiven. Herr Herweg erklärt, dass er die Entgelte gerne verdoppelt hätte, was aber selbstverständlich nicht umzusetzen gewesen sei. Betrachte man das hochwertige Programm, seien die jetzt zu zahlenden Entgelte vergleichsweise gering. Zukünftig müsse es so sein, dass die Entgelte jährlich neu geplant würden.

Herr Kleine erklärt, dass es heute so sei, dass Auftritte renommierter Musiker und Musikerinnen am stärksten besucht seien. Die Mehreinnahmen an Eintrittsgelder würden ja in die Künstlerhonorare fließen, was es möglich mache, ein noch hochwertigeres Programm zu bieten.

Frau Beisenherz-Galas hält es für falsch, der Erhöhung der Entgelte so leichtfertig zuzustimmen. Sie könne sich durchaus vorstellen, dass Besucher aufgrund der erhöhten Preise ausbleiben werden. Sie erfragt eine zusätzliche Staffelung der Preise im Bereich der Ermäßigungen. Herr Herweg erklärt, dass dies nicht möglich und zweckmäßig sei.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen der Bündnis 90/Die Grünen, den folgenden Beschluss:

*Die Erhöhung der Eintrittsgelder für die städtischen Galeriekonzerte zum 01.10.2008 wird beschlossen.*

<-@

@->

<-@

7 **Jahresbericht 2007 Bergischer Löwe**

@->

Herr Pfenning erklärt einleitend, dass das aktuelle Programm, was er verteilt habe, die Anlage 4 der Vorlage ersetze.

Herr Kleine lobt die Arbeit des Bürgerhauses Bergischer Löwe. Er möchte wissen, um welche „vergleichbaren Häuser“ es sich handele, die auf der Seite 9 der Vorlage in Bezug auf die Höhe der Eintrittspreise erwähnt seien. Er erkundigt sich, wie man zu der Annahme komme, dass die Zahl der Opernfreunde in Zukunft eher abnehme. In der Vorlage stehe, dass es in Zukunft bei der Wahl der Theaterstücke auch darum gehe, die Zielgruppe anzusprechen, die in ihrer Freizeit ins Kino gehe. Er bittet um eine nähere Beschreibung dieser Zielgruppe. Er lobt das abwechslungsreiche Kindertheater. Im Bereich des fremdsprachlichen Theaters erklärt er, dass die Aufführung eines zweiten fremdsprachlichen Stücks ein Wunsch seiner Fraktion sei, der ja schon wiederholt geäußert worden sei. Er regt an, dass man doch bei den Bestrebungen, Menschen mit Migrationshintergrund als Besucher zu gewinnen, den Integrationsbeirat mit einbinden solle.

Herr Pfenning erklärt, dass man sich hinsichtlich der Eintrittspreise mit Häusern aus der Region vergleiche, so z. B. Gummersbach, Lüdenscheid, aber auch mit größeren Städten wie Köln und Bonn. Man wolle dadurch konkurrenzfähig bleiben.

Er erläutert, dass man die Opernbesucher durchaus weiterhin an das Haus binden wolle, man beobachte aber genau das Freizeitverhalten der Menschen. Dabei könne man erkennen, dass die Zahl der klassischen Opernbesucher, der sich nur für diese Art der Darbietung interessieren, zunehmend weniger würden. Wer heute in die Oper gehe, gehe morgen auch durchaus ins Kino. Die Aufführungen inszenierter Literatur seien immer gut besucht, schwierig seien insbesondere die Großproduktionen. Herr Pfenning teilt dem Ausschuss mit, dass es am 18. September eine Aufführung für Jugendliche zum Thema „Ehrenmord“ gebe, eine Aufführung sei für 10.30 Uhr geplant eine zweite für 13.30 Uhr. Er lädt den Ausschuss dazu ein. Zum fremdsprachlichen Theater berichtet er, dass man in diesem Jahr im Rahmen des Projektes „Unser Europäischer Nachbar Großbritannien“ die Aufführung des Stückes „animal farm“ in den Abend gelegt habe, was sehr gut auch vom älteren Publikum angenommen wurde.

Herr Tiefenstädter stellt fest, dass jeweils auf der Seite 13 und 14 der Vorlage die Einnahmen aufgeführt seien, zwischen den jeweiligen Zahlen gebe es aber eine Differenz. Er möchte wissen, was diese verursacht habe. Herr Pfenning erläutert, dass es sich bei der Anlage 1 nur um eine Übersicht zum Theaterbericht handele. Im Bereich der Vermietungen habe er keinen Überblick über die Einnahmen, daher könne er diese nicht mit aufführen, so entstehe die Differenz.

Frau Lehnert schließt sich den lobenden Worten ihrer Vorgänger an.

Sie möchte wissen, wieso die Zahlen für 2008 so vorsichtig geplant worden seien. Herr Pfenning erklärt, dass man als GmbH vorsichtig planen müsse, man wisse nie, wie hoch die Besucherzahlen seien.

Frau Koshofer möchte wissen, ob man nicht Umfragen durchführen könne, um den Besucherwünschen näher auf den Grund zu gehen. Herr Pfenning erklärt, diese Anregung möglicherweise aufzunehmen.

Frau Schundau weist auf den Erfolg der Aufführung „Gespensterball“ hin und möchte in dem Zusammenhang wissen, wann die Fortsetzung des Projektes zur Aufführung komme. Herr Dr. Speer erklärt, dass die Schulen hinsichtlich der Vorbereitungen bis November 2008 in Zeitprobleme gekommen seien, so dass die Aufführung für das Frühjahr 2009 geplant sei. Er dankt Herrn Pfenning für die tolle Kooperation.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

## 8 Jahresbericht des Stadtarchivs 2007

@->

Frau Lehnert erkundigt sich, ob man dem Trend der rückläufigen Besucherzahlen bereits entgegenwirken konnte. Herr Dr. Eßer berichtet, dass man im ersten Halbjahr 2008 bereits mehr Besucher gehabt habe, als im ganzen Jahr 2007.

Frau Koshofer erkundigt sich, ob man Anfragen im Bereich Ahnenforschung habe und wie man damit umgehe. Herr Dr. Eßer erklärt, dass dieses Thema Archive generell beschäftige, die Anfragen stiegen zunehmend an.

Herr Schneeloch möchte wissen, ob sich die Trendwende bei den Besucherzahlen auch auf den Bereich der Besuche zur Zwecken historischer Forschung beziehe. Weiterhin fragt er nach, was den Rückgang des Zuschussbedarfs um 34,1 % bewirkt habe, ob dies ausschließlich durch die verminderten Personalkosten ausgelöst worden sei. Er erläutert, dass offensichtlich laut der Vorlage das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter eingestellt worden sei. Er möchte wissen, ob dieses endgültig sei. Herr Dr. Eßer berichtet, dass im Bereich der Besuche zu Zwecken historischer Forschung die Zahlen steigen würden. Mit den Schulen arbeite man gut zusammen. Mit der Uni Köln habe man ebenfalls Kontakte geknüpft. Der reduzierte Zuschussbedarf sei hauptsächlich durch die verminderten Personalkosten verursacht worden, vor allem durch die längere Krankheit einer Mitarbeiterin, dies werde sich in diesem Jahr also nicht wiederholen. Hinsichtlich des Besuchsprogramms für ehemalige Zwangsarbeiter erläutert er, dass die Mehrzahl der potentiellen Besucher mittlerweile zu alt sei. Es seien zwar in 2006 und 2007 Einladungen ausgesprochen worden, die aber nicht angenommen wurden. Endgültig eingestellt sei dieses Programm aber nicht, wobei zukünftige Besuche immer unwahrscheinlicher würden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

## 9 Trägerschaft über das außerunterrichtliche Angebot an der städt. Gemeinschaftsgrundschule Refrath

@->

Frau Lehnert erkundigt sich, ob die Kooperation mittlerweile abgeschlossen sei. Herr Pütz erklärt, dass der Kooperationsvertrag in den nächsten Tagen unterschrieben werde.

Herr Dr. Mieke fragt nach den Gründen der plötzlichen Kündigung des ehemaligen Trägers und möchte wissen, was den neuen Träger von den anderen in Frage kommenden unterscheide. Herr Dr. Speer erklärt, dass es sich bei der Kündigung nicht um einen spontanen Akt der Schulleitung gehandelt habe, sondern um einen ein Jahr lang andauernden Prozess. Die Schule habe ein Jahr vor der Kündigung den Träger in einem Schreiben darum gebeten, bestimmte Probleme gemeinsam zu lösen.

So sei es bspw. um die Erstellung eines gemeinsamen pädagogischen Konzeptes gegangen. Dieses Ansinnen habe der Träger nicht erfüllt. Zudem habe es grundsätzlich Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen Schulleitung und Trägerleitung gegeben. Bestimmte wichtige Informationen seien an die Schulleitung nicht weitergegeben worden. Ein Gespräch habe erst nach der Kündigung stattgefunden. In diesem habe der Träger die Entscheidung der Schulleitung akzeptiert. Um nach der Kündigung nicht ohne einen Nachfolger dazustehen, habe es im Vorfeld ein Vorgespräch mit einem Träger geben. In einem Treffen beim Jugendamt habe das Jugendamt darauf bestanden, dass die Nachfolge öffentlich ausgeschrieben werden müsse, mehrere Kandidaten seien darüber informiert worden. Hinsichtlich der Bewerbung der Kath. Jugendwerke korrigiert er die Aussagen in der Vorlage dahingehend, dass Schule und kath. Jugendwerke in einem Vorgespräch festgestellt hätten, dass die Konzepte nicht übereinstimmten, so dass man einvernehmlich auseinander gegangen sei. Die Entscheidung sei dann auf den Paritätischen Trägerverein gefallen.

Herr Willnecker erklärt, dass die Vorlage den Eindruck erwecken könne, dass nur ein bestimmter Träger gewünscht gewesen sei.

Herr Dr. Miede bittet darum, dass in zukünftigen ähnlichen Vorlagen die in Frage kommenden Anbieter kurz charakterisiert würden, so dass sich der Ausschuss ein besseres Bild machen könne.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

## 10 Mittagsverpflegung an städtischen Gymnasien

@->

Herr Dr. Speer erläutert, dass es Gespräche zwischen Verwaltung und Bezirksregierung hinsichtlich der Bestimmungen und Ausführungsmöglichkeiten des neuen Landesprogramms gegeben habe. Das Land sage, dass jede weiterführende Schule, die Mittagsverpflegung anbieten wolle, 100.000 € als Zuschuss für Bau- und Ausstattungsmaßnahmen bekomme, sofern der Schulträger ebenfalls 100.000 € dazu gebe. Daneben habe das Land das Angebot unterbreitet, dass pro Landkreis oder kreisfreier Stadt jeweils eine Realschule und ein Gymnasium als echte Ganztagschule eingerichtet werden könnten. Im Rheinisch-Bergischen Kreis habe man die Situation, dass außer der Stadt Bergisch Gladbach dafür keine andere Kommune in Frage komme. Für 2009/2010 bestünde also die Möglichkeit, jeweils eine Realschule und ein Gymnasium zu einer echten Ganztagschule zu machen. Zudem gebe es eine weitere Maßnahme. Das alte Programm 13+ werde abgelöst durch ein neues Programm, in dem die Schulen nach ihrer jeweiligen Größe, gestaffelt nach drei Klassen, einen Zuschuss für das Schuljahr erhalten, woraus sie die Übermittagsbetreuung organisieren können. Die Verwaltung habe mit den Schulleitern der Bergisch Gladbacher Sek. I Schulen bereits ein Vorabgespräch geführt, in dem sich das Interesse der Schulen, echte Ganztagschule zu werden, als geringer als erwartet erwiesen habe. Die anderen Maßnahmen würden die Schulen jedoch begrüßen.

Herr Mömkes erkundigt sich nach dem Wunsch der Schulen, insbesondere dem der

Gymnasien. Herr Dr. Speer erläutert, dass bei dem Vorabgespräch auch die Gymnasien anwesend waren. Lediglich die Hauptschulen seien nicht dabei gewesen, da es ja schon eine echte Ganztags Hauptschule gebe.

Frau Lehnert erkundigt sich, warum der Anbau an der Aula des AMG in die dortigen Planungen nicht einbezogen worden sei. Herr Pütz erklärt, dass der Schulleiter die Errichtung eines Pavillons mit Mitteln des Fördervereins für möglich halte, wenn die Stadt die Gründung dieses Pavillons in die Hand nehme. Den Raum an der Aula möchte er weiterhin für die Nutzung durch Vereine bei Veranstaltungen vorhalten.

Herr Dresbach bittet um Auskunft darüber, ob hinsichtlich der Nachrüstung am OHG schon etwas unternommen worden sei, ob es zwischen den Schülern des DBG und den Kreishausbediensteten zu keinerlei Kollisionen komme, wenn die DBG Schüler die Kreishauskantine nutzen würden und ob am NCG eine kleinerer Neu- bzw. Anbau realistisch wäre.

Herr Pütz erklärt, dass man in den Schulzentren eine relativ komfortable Situation habe, weil man dort mindestens zwei Schulen habe und so also 200.000 € vom Land beigesteuert würden. OHR und OHG seien sich einig, den Raum zu einer vernünftigen Cafeteria ausbauen zu lassen. Im Zuge des Sanierungsprogramms im Sommer werde man versuchen, diesen Raum in den ersten Sanierungsabschnitt aufzunehmen. Beim DBG gebe es bei der heutigen Nachfrage nach Mittagessen keine Kollisionen. Für das NCG sei ein kleiner Anbau geplant.

Frau Schundau möchte wissen, ob es im OHG eine Verteilerküche gebe oder ob dort frisch gekocht werde. Herr Pütz erklärt, dass es sich um eine Verteilerküche handle.

Herr Dr. Kerschner erkundigt sich, ob es sich bei den 100.000 €, die die Stadt beisteuern müsse, um zusätzliche Mittel handle, oder ob dies Mittel aus dem vorhandenen Sanierungshaushalt seien. Herr Pütz erläutert, dass man bei den Schulen, wo derzeit noch keine Sanierungsmaßnahmen geplant seien, das Geld zusätzlich zur Verfügung stellen müsse.

Herr Tiefenstädter bittet um Erläuterung der Pläne für das Gymnasium Herkenrath. Herr Pütz erläutert, dass sich die Aula der Hauptschule Herkenrath anbieten, Mensa zu werden. Wie die Schule dies organisieren wolle, ob das Essen von einem Caterer gebracht werde oder ob die AWO, die ja in der 50 Meter entfernten Grundschule koche, das Schulzentrum mitversorge, dies sei derzeit noch offen.

Herr Dr. Speer erklärt, dass es für die September Sitzung eine entsprechende Vorlage geben werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

## **11 Umsetzung des Förderprogramms "Investition, Zukunft, Bildung, Betreuung" (IZBB) in Bergisch Gladbach**

@->

Herr Dr. Miede lobt die positive Entwicklung

Frau Lehnert hätte gerne gewusst, welche in den Schulen eingebauten Küchen so genannte vollwertige Küchen und welche Aufwärmküchen seien. Sie bittet um eine kurze Aufstellung der einzelnen Baumaßnahmen in Bezug auf die Baukosten. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu (siehe Anhang!)

Herr Mömkes lobt die Vorgehensweise der Schulen und freien Träger.  
Herr Dresbach und Frau Beisenherz-Galas schließen sich dem an.

Frau Schundau erkundigt sich, ob sie die Vorlage dahingehend richtig verstehe, dass die GGS Hand den Neubau der Katholischen Grundschule Hand mitfinanziert habe. Herr Pütz bejaht dies. Frau Schundau möchte dann wissen, wie die GGS Hand an diesen neuen Räumlichkeiten partizipieren könne. Herr Pütz erklärt, dass diese Vorgehensweise so nicht geplant gewesen sei. Die Leistung des Fördervereins der GGS Hand und des Fördervereins in Refrath sei enorm gewesen. Man habe den Neubau der Katholischen Grundschule Hand dem Förderverein der GGS Hand überlassen, weil er sich für die Baumaßnahme an beiden Schulen angeboten habe.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

## 12 **Ende des Modellvorhabens "Selbstständige Schule"**

@->

Herr Dr. Miede lobt die positive Entwicklung

Frau Lehnert hätte gerne gewusst, welche in den Schulen eingebauten Küchen so genannte vollwertige Küchen und welche Aufwärmküchen seien. Sie bittet um eine kurze Aufstellung der einzelnen Baumaßnahmen in Bezug auf die Baukosten. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu (siehe Anhang!)

Herr Mömkes lobt die Vorgehensweise der Schulen und freien Träger.  
Herr Dresbach und Frau Beisenherz-Galas schließen sich dem an.

Frau Schundau erkundigt sich, ob sie die Vorlage dahingehend richtig verstehe, dass die GGS Hand den Neubau der Katholischen Grundschule Hand mitfinanziert habe. Herr Pütz bejaht dies. Frau Schundau möchte dann wissen, wie die GGS Hand an diesen neuen Räumlichkeiten partizipieren könne. Herr Pütz erklärt, dass diese Vorgehensweise so nicht geplant gewesen sei. Die Leistung des Fördervereins der GGS Hand und des Fördervereins in Refrath sei enorm gewesen. Man habe den Neubau der Katholischen Grundschule Hand dem Förderverein der GGS Hand überlassen, weil er sich für die Baumaßnahme an beiden Schulen angeboten habe.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. <-@

## 13 **Änderung der "Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebotes an Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach"**

@->

Aufgrund weiteren Beratungsbedarfs der CDU-Fraktion beantragt Frau Lehnert eine

Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Herr Kleine schließt sich dem für die SPD-Fraktion an.

Der Ausschuss beschließt eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes auf die Sitzung im September

<-@

@->

14

<-@

#### **Schulturnhalle an der Gemeinschaftsgrundschule Bensberg, Lehmhöhle**

@->

Herr Kleine möchte wissen, wie lang die Zurückstellung des Neubaus denn andauern solle.

Er erkundigt sich, ob die Ausweichmöglichkeiten mittlerweile zufrieden stellend gelöst worden seien. Herr Dr. Speer erklärt, dass man versuche zum neuen Schuljahr neue Belegungspläne zu erstellen, um den Bedarf der GGS Bensberg noch stärker zu berücksichtigen.

Frau Schundau weist darauf hin, dass derzeit nur noch eine Stunde Sport stattfinden würde, da der Großteil der Zeit für den Hin- und Rückweg benötigt werde. Drei Stunden Sport seien eigentlich vorgesehen.

Herr Kleine ergänzt, dass es insbesondere im Grundschulbereich besonders wichtig sei, die Kinder an den Sport heranzuführen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

15

#### **Anträge der Fraktionen**

@->

Es liegen keine Anträge vor.

<-@

16

#### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->

Herr Dr. Miede erkundigt sich nach dem Sachstand der Problematik zwischen Blau-Weiß Hand und der Handball-AG bzgl. der Hallennutzung. Herr Weirich erklärt, dass man einen Antrag zur Erweiterung der bisher zur Verfügung stehenden Hallenzeit der JSG Refrath-Hand vorliegen habe. Man bemühe sich um eine Optimierung der Hallenzeiten, dies sei aber schwierig zu lösen. In Hand habe man die IGP, die vollständig mit der Handballabteilung von Blau-Weiß Hand belegt sei. In Refrath Steinbreche sehe es ähnlich aus, die Hallen seien am Nachmittag und Abend zu 98 % ausgelastet. Man werde die JSG zu einem weiteren Gespräch einladen und sich um Lösung bemühen. Herr Dr. Miede regt an, dass doch die Hallennutzungszeiten

überprüft werden sollten, da manche Vereine die ihnen zur Verfügung stehenden Zeiten gar nicht vollständig auszunutzen würden.

Herr Buchen erkundigt sich in Bezug auf das neue Sportstättenfinanzierungsprogramm, ob bei der Stadt bereits Anträge eingegangen seien. Herr Weirich erklärt, dass man telefonische Anfragen gehabt habe, die Antragstellung selber laufe aber nicht über die Stadt, sondern über die jeweilige Bank, die sich dann wiederum an die NRW-Bank wenden würde.

Herr Willnecker fragt nach, ob die Stadt über vorliegende Anträge nicht informiert werde. Herr Weirich erklärt, dass die Stadt nicht informiert werden müsse. Herr Heimann fügt an, dass dies nur der Fall sein müsse, wenn es sich um städtische Grundstücke handele. Man habe aber die Vereine darum gebeten, Anträge mit der Stadt im Vorfeld abzusprechen.

Frau Koshofer erklärt, dass aufgefallen sei, dass es im Bereich der Sportplaketten für die gleichen Leistungen bei den Erwachsenen das Goldabzeichen gebe, für die Jugendlichen aber nur Silber. Sie erkundigt sich nach den Gründen. Hinsichtlich der geplanten Einzäunungen an Schulen und den Ausschreitungen an der JGR erklärt sie, dass man nicht sämtliche Schulen einzäunen könne, das Problem werde so nur verschoben, stattdessen solle hier die offene Jugendarbeit tätig werden.

Herr Weirich erklärt, dass die Richtlinien für die Sportplaketten der Rat aufgestellt habe. Diese gelten seit vielen Jahren, sollten aber in der kommenden Zeit überarbeitet und dem Ausschuss in der kommenden Sitzung vorgelegt werden.

Herr Dr. Speer erklärt, dass man von den Problemen an der JGR nur durch Zufall erfahren habe. Hier sei einiges noch ungeklärt. Er habe bereits überlegt, um welches Grundstück es sich überhaupt handele, ob das direkte Schulgelände überhaupt betroffen sei oder der Spielplatz in der Nähe. Herr Pütz erklärt, dass die Beantwortung derzeit schwierig sei, da man bisher niemanden habe erreichen können, der konkrete Informationen nennen könne. Herr Dr. Miede bittet Frau Koshofer darum, dass sie Personen, die konkrete überprüfbare Informationen haben, an den FB 4 verweise, der sich dann der Angelegenheit annehmen werde.

<-@